Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 93 (2013)

Heft: 1007

Artikel: Viren, Inflation und Nuklearsprengköpfe

Autor: Scheu, René / Rittmeyer, Florian / Sornette, Didier

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-737063

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Viren, Inflation und Nuklearsprengköpfe

Resistente Bakterien, Schuldensümpfe, oligarchische Demokratien, nukleare Abfälle: grosse Probleme türmen sich auf. Didier Sornette sucht unerschrocken nach Lösungen. Ein Höllenritt von einem Gespräch mit einem der führenden Risikoforscher durch die Welt der sichtbaren und unsichtbaren Gefahren.

René Scheu und Florian Rittmeyer treffen Didier Sornette

Herr Sornette, wir möchten mit Ihnen über die grössten Probleme und Risiken der aktuellen Zeit sprechen. Beginnen wir mit...
...Europa. Okay?

Ja, klar, wir sitzen ja in der Schweiz sozusagen mittendrin. Schiessen Sie los.
Europa ist zwar noch immer der weltweit grösste Konsument. Was aber sein politisches Gewicht betrifft, befindet es sich auf dem absteigenden Ast. Wir können anhand von Daten messen, wie sich das Baryzentrum des Planeten während der letzten 20 Jahre nach Osten verschoben hat: Ein Blick auf das globale BIP belegt dies ebenso wie einer auf die Lichtkarte der Nasa. Das Gleichgewicht der Macht, des Wohlstands und der Innovation bewegt sich also ostwärts. Das ist die geopolitische Sicht – die per se weder gut noch schlecht ist. Was sie aber zweifelsfrei mit sich bringt, ist mehr Diversität, und Diversität ist grundsätzlich gut. Als reale Gefahr für den Menschen sehe ich nämlich deren Gegenteil: die Einheitlichkeit.

Bakterien werden immer resistenter gegen Antibiotika.

Wie meinen Sie das?
Sehr plastisch, und damit wären wir schon bei einem anderen Problem: Bakterien etwa werden immer resistenter gegen Antibiotika, und wir laufen Gefahr, den Krieg gegen die Bakterien zu verlieren. Der Grund für diese Entwicklung liegt unter anderem in der massenhaften einheitlichen Anwendung von Antibiotika auf Tiere. Dadurch, dass Bakterien in Zuchtbetrieben permanent auf Abwehrstoffe prallten, wurden einige Mutanten allmählich resistent und setzten sich – nach dem Gesetz von Darwin – gegen die anderen durch. Um Wirksamkeit zu entfalten, braucht ein Medikament heute deshalb die hundertfache Dosis dessen, was bei der Entdeckung des Penicillins nötig war. Und gegen einige bakterielle Infekte greifen gar keine Antibiotika mehr. Das ist ein Thema, das mich stark beschäftigt.

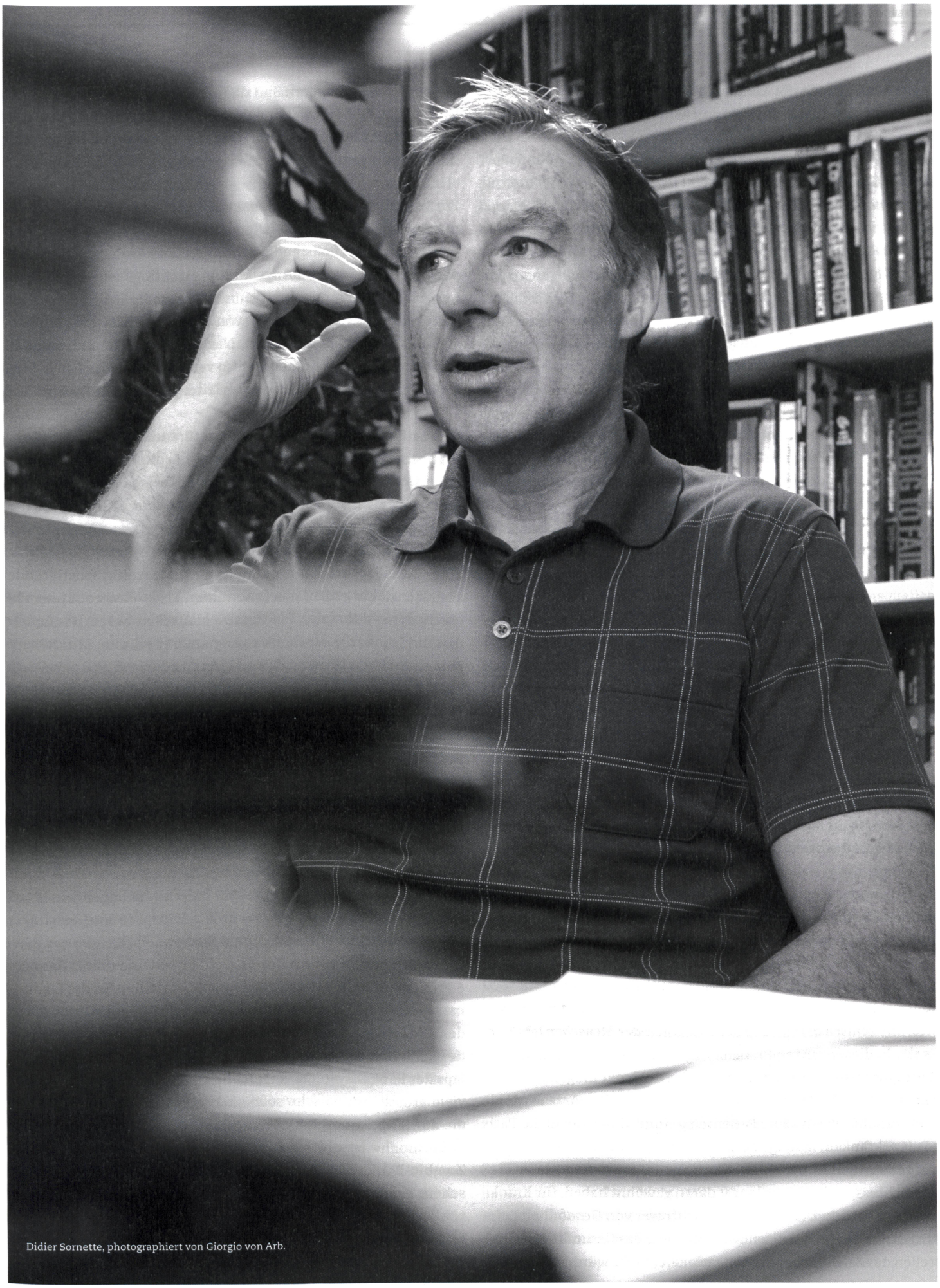
Didier Sornette
ist Professor für Entrepreneurial Risk an der ETH Zürich, wo er auch Direktor des Financial Crisis Observatory ist. Er ist Mitglied des Swiss Finance Institute und zählt zu den weltweit führenden Risikoforschern. Das Interview wurde auf Englisch geführt und vom «Schweizer Monat» auf Deutsch übersetzt.

René Scheu ist Herausgeber und **Florian Rittmeyer** Redaktor für Politik & Wirtschaft des «Schweizer Monats».

Wenn wir die Lehre der Diversität auf Europa übertragen, ist der Kontinent also auf dem Holzweg: Die Union bewegt sich verstärkt in Richtung Einheit.
Tatsächlich kommt es mir auf die allgemeine Bedeutung der Diversität an: In keinem Kontext sollte man alle Eier in einen Korb legen. Doch gerade das tut der Westen immer stärker, sein Problem besteht darin, einerseits Innovation fördern zu wollen und andererseits das Denken allenthalben zu vereinheitlichen: Überall stehen McDonald's, wir ernähren uns alle gleich, alle Städte sehen gleich aus, wir benutzen vereinheitlichte medizinische Behandlungsmethoden – das hemmt unsere Innovationskraft.

Politisch kann man die Sache auch umgekehrt sehen: Müsste Europa nicht einheitlicher auftreten, um als globaler Machtfaktor eine Rolle zu spielen?
Ich frage Sie: Was ist Macht?

Nach klassischer Definition ist Macht die Fähigkeit, andere gegen ihren Willen zu einem Verhalten zu bewegen bzw. zu zwingen, das zu tun, was man von ihnen wünscht.
Ich glaube, wir überschätzen ökonomische Macht. Die ganze Diskussion krankt daran, dass wir BIP-Wachstum mit Glück verwechseln. Es gibt aussagekräftige Hinweise darauf, dass das Glück von US-Amerikanern seit den 1970er Jahren stagniert, während sich das BIP parallel mehr als verfünffacht hat. Macht ist dagegen wichtig, um sich selbst verteidigen zu können. Und damit wären wir wieder beim heutigen Europa, das auf einer Illusion gebaut ist: jener des Maastricht-Vertrags und der Einführung des Euro. Damals dachte man, dass der einfache Zugang zu Krediten die fundamentalen Unterschiede von Kulturen und Denkweisen auf-



Didier Sornette, photographiert von Giorgio von Arb.

lösen könne. Doch die Ziele und Vorstellungen in Griechenland unterscheiden sich von jenen in Deutschland. Warum will man dann alles uniformieren?

Weil Politiker für gewöhnlich keine Spezialisten für dynamisch komplexe Systeme sind. Die Ausnahme ist vielleicht Angela Merkel als Physikerin, doch ihr Verhalten scheint von anderen Faktoren bestimmt zu sein.

Ganz allgemein sind Politiker sehr rational und intelligent, wenn es darum geht, ihren eigenen Nutzen zu maximieren. Wir dürfen uns keine Illusionen machen: Das Ziel der von uns gewählten Politiker besteht nicht darin, unsere Probleme zu lösen, sondern wiedergewählt zu werden. Dabei sind Politiker keine besseren oder schlechteren Menschen als andere, man steht mit ihnen vor einer allgemeinen Schwierigkeit, die in der Ökonomie als «Principal-Agent-Problem» bekannt ist: Wie die Nutzenfunktion eines Agenten – sei er Politiker oder Manager – mit jener des Auftraggebers – egal ob Bürger oder Aktionär – in Einklang gebracht werden kann, ist eine der grossen Fragen unserer Zeit.

Wir Europäer sind Feiglinge, und die Banken profitieren davon.

Dann bleiben wir bei dieser Frage: Warum können wir Fehlentwicklungen sehen – und gleichzeitig hoffen, dass sich alles von alleine löst?

In meinen Augen handelt es sich bei fast allen heute zu beobachtenden Fehlentwicklungen um ein Problem von Anreizen. Die gesamte Struktur unserer Anreize ist morsch – und zwar überall! Wenn eine Firma den Amazonas verunreinigt oder Umweltschäden verursacht, die die Lebensgrundlage von Tausenden von Menschen zerstören, dann handelt es sich in diesen Fällen um Vorgänge, die genauso von gewissen Anreizen geprägt sind wie die bekannten Exzesse des Bankenwesens. Wenn es rational ist, sich so zu verhalten, dass Schaden entsteht, müsste man ein Heiliger sein, um sich «gut» zu verhalten. Die ganze Welt ist unethisch an ihren Wurzeln! Ein weiteres Beispiel bieten die Fehlanreize des medizinischen Establishments und der Pharmaindustrie.

Weil die, zynisch gesagt, von der Krankheit der Menschen lebt?

Exakt. In dieser ganzen Branche liegen die Anreize darin, uns geringfügig krank zu halten. Richtig wäre doch der umgekehrte Anreiz, wie er in Indien und China bekannt war: Der Arzt wird nur dann bezahlt, wenn seine Patienten gesund sind. Sobald die Patienten erkranken, wird die Zahlung gestoppt. Das entspräche einer wahren medizinischen Ethik. Nur kommen wir nicht mehr zu diesem Schluss, weil wir uns längst daran gewöhnt haben, für Krankheiten zu zahlen. Der Patient ist Nachfrager von Gesundheitsleistungen, die pharmazeutische Industrie und das Gesundheitswesen stellen das Angebot bereit. Aus rationaler Sicht würde der Patient seine Kosten minimieren und dafür sorgen, dass er möglichst gesund bleibt. Mit solch rational handelnden Patienten wären die schlechten Anreize, die für Ärzteschaft und Pharmaindustrie bestehen, irrelevant.

Wir verstehen, worauf Sie hinauswollen: wir sind keine vollständig rational handelnden Wesen...

...und auch nicht vollständig informiert. Das Problem liegt darin, dass wir im Gefüge von Angebot und Nachfrage eine sogenannte Informationsasymmetrie haben: Da wir wenig über Gesundheit und Krankheit wissen, sind wir von der Ärzteschaft und der Pharmaindustrie abhängig. Unsere Nachfrage nach Medikamenten und Gesundheitsprodukten ist also verzerrt durch das (Über-)Angebot der Pharmaindustrie und verleitet uns zu mehr Konsum.

Wenn also falsche Anreize die Hauptursache unserer Probleme sind, stellt sich die Frage, wer über die Legitimation verfügt, im öffentlichen Leben neue und bessere Anreize einzuführen. Konkret: Wie entstehen neue Anreize und wie hält man sie frei von unbeabsichtigten Konsequenzen?

Das ist eine gute und sehr schwierige Frage. Grundsätzlich gilt: In einer Gesellschaft kann es mehrere gleichzeitig existierende Gleichgewichte geben, was dazu führen kann, dass ein System in einem dysfunktionalen Gleichgewicht stecken bleibt. Häufig bilden die Leute, die einen Übergang anstreben, eine Minderheit. Man sieht das in Syrien, Libyen, Ägypten oder in China.

Damit ist die Frage nur verschoben: Wie ist denn der Übergang von einem dysfunktionalen in ein neues Regime zu schaffen?

Am sinnvollsten ist es, sich an den Massnahmen jener Länder zu orientieren, die funktionieren und glückliche Bewohner haben, etwa die Schweiz, Singapur, Dänemark, Schweden oder Kanada. Kanada durchlief in den 1990er Jahren eine grosse Krise. Was haben die Kanadier damals getan? Sie hatten den Mut, alle Banken zu verstaatlichen – für eine bestimmte Zeit – und sie dann wieder in die Freiheit zu entlassen. Diesen Mut haben wir in Europa nicht. Mit anderen Worten: Wir Europäer sind Feiglinge, und die Banken profitieren davon. Sie können sich von der Zentralbank zu null Prozent Zinsen Geld leihen und dieses dann zu 6 Prozent an Italien oder Griechenland verleihen. In der Ökonomensprache ist das ein «free lunch». Politiker und Manager in den Chefetagen sind sich dessen natürlich bewusst. Sie akzeptieren dies als das kleinere Übel. Das grössere Übel wäre der Kollaps des Bankensystems. Tatsächlich sollte man realisieren, dass viele grosse europäische sowie auch US-Banken Zombies sind, die auf Stapeln von faulen Wertpapieren sitzen. Der erwähnte «free lunch» ist ein Mechanismus, unter anderem, um diese Zombie-Banken in Europa zu rekapitalisieren – also mit frischem Kapital auszustatten. Die Kosten haben dann die Steuerzahler und Bürger zu bezahlen, mit zusätzlichen langfristigen Konsequenzen, die zu einer langsamen, aber unaufhaltsamen Verarmung der Nationen führen.

Es sind also letztlich wir Bürger, die in Form von höheren Steuern, entwerteten Vermögen und Inflation bezahlen?
Ja, das heisst: Die ausgewiesene Inflationsrate ist zwar bisher noch nicht wirklich angestiegen – sie beträgt in vielen Ländern immer noch zwei bis drei Prozent –, aber das ist nur die offizielle Lesart. Wenn die Gebäudepreise in Zürich um bis zu 60 Prozent ansteigen, dann handelt es sich dabei auch um Inflation, wenn auch auf Vermögenspreisen. Die offizielle Inflationsrate klammert die Preise für Energie und Miete aus, doch wenn wir den durchschnittlichen Konsumenten nehmen, machen diese beiden Elemente einen Grossteil der Lebenskosten aus. Die offizielle Inflationsrate ist also, wenn man so will, manipuliert.

Wie wird die Entwicklung hier weitergehen, wagen Sie einen Blick in die Glaskugel?
Ich erwarte eine leichte Abschwächung des globalen Wohlstands. Vor der Krise von 2007 betrug die Rendite auf risikolose Anlagen in den USA etwa 5 Prozent. Die Inflation lag in der gleichen Zeit etwa bei 2 Prozent. Man konnte also 3 Prozent Rendite erhalten, ohne dafür Risiken einzugehen. Heute ist die Rendite 0 Prozent und die Inflation 3 Prozent. Es verlieren also alle mindestens 3 Prozent.

Wir sind von der Frage hergekommen, wie Fehlanreize zu brechen wären, und Sie haben für die Verstaatlichung von Banken plädiert, obwohl es ja gerade die Staaten waren, die sich über Jahrzehnte über beide Ohren verschuldet haben. Das ist nicht schlüssig...
Es geht mir weniger um ein Plädoyer als um eine Analyse, ich beziehe mich auf die Beispiele von Schweden und Kanada: Beide erlebten in den 1990er Jahren schwere Krisen, beide haben während dieser Krisen ihre Banken verstaatlicht, und beide befinden sich heute in guter Lage. Es ging mit dieser Massnahme nicht darum, die Banken zu kontrollieren, sondern den lebenswichtigen Fluss von Geld sicherzustellen. Und die Verstaatlichung war auch nur temporär: Gleich nach dem Ende der Krisen wurden die Banken in die Freiheit entlassen, und jetzt spielt wieder ein freies System. Wenn die Dinge aber aus den Fugen geraten, funktioniert die unsichtbare Hand nicht mehr. Und die Kosten dieser beiden Interventionen waren viel geringer als jene, die wir uns zurzeit in Europa aufbürden.

...und dies noch dazu bei unsicherer Wirkung! Dennoch – «Verstaatlichung der Banken» klingt in unseren Ohren grauenvoll.
Tatsächlich stützen sich die ganzen Rettungsmassnahmen auf reine Hoffnung, denn Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland sind strukturell nicht wettbewerbsfähig. Wenn ihnen also Geld gegeben wird, hilft dies wenig. Ich bin selbst kein Insider, aber mein ETH-Kollege Hans Gersbach, der während der Krise einer der wichtigsten Berater von Angela Merkel war, sagte mir: «Didier, ich darf dir nicht viel erzählen, aber ich kann dir sagen: Wir hatten keine Ahnung und hofften auf ein Wunder.» Rational ist der Ansatz im Grunde nachvollziehbar – wenn das Wachstum zurückkehrt, werden die Schulden proportional kleiner. So lief es in der Vergangenheit: Wir wuchsen jeweils aus dem Schuldensumpf. Aber ist das auch dieses Mal möglich?

Woher soll das Wachstum denn kommen? Es ist eine Illusion zu glauben, das Drucken von Geld würde automatisch zu Wachstum führen. Wäre dies so, bräuchten wir ja nicht mehr zu arbeiten.
In der Wachstumsfrage ist es wichtig, die historische Dimension des aktuellen Problems zu sehen. Ich selber hatte eine Art Aha-Effekt, als ich realisierte, dass die Ursachen der heutigen Probleme 30 Jahre zurückreichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte ein bis in die 1970er Jahre anhaltender Boom des Wiederaufbaus, aus dem reales Wachstum mit realer Wohlstandsvermehrung und realem Lohnzuwachs resultierte. Als die westlichen Volkswirtschaften begannen, Zeichen von Müdigkeit zu zeigen, als das Bretton-Woods-System zurückgedrängt wurde, zwei Ölschocks und eine grosse Inflation einsetzten, begannen wir, nach neuen Quellen des Wachstums zu suchen – und fanden sie in den Finanzinnovationen und den Schulden.

Die historische Entwicklung ist einleuchtend, doch erhellt sie noch immer nicht, wie der Glaube entstehen konnte, virtuelles Geld schaffe reales Wachstum.
Mit der Wende zu den neuen Wachstumsquellen war die Hoffnung verbunden, dass die produzierende Wirtschaft schneller wachsen würde als die Rate, mit der wir uns verschuldeten, um dieses Wachstum anzutreiben. Doch stellte sich das langfristig als falsche Hoffnung heraus. Insofern bildeten die 1970er Jahre eine Übergangsphase in eine komplett neue Ära, die zu Beginn der 1980er ihren Anfang nahm: Von nun an bewegte sich alles zu einer ökonomischen Ordnung hin, die auf Schulden basierte.

Langfristig kann die finanzielle Sphäre nur den Wert der realen Wirtschaft widerspiegeln.

Um effektiv zu gesunden, müsste man also logischerweise auf diesen Scheidepunkt zurückkommen. Das ist einfacher gesagt als getan. Beginnen wir bei ersterem: Wie kann das gehen?
Man muss einsehen, dass man nicht Wachstum, Wachstum, Wachstum fordern kann, ohne danach zu fragen, wie überhaupt gewachsen werden kann. Zweifelsohne sind Finanzinnovationen wichtig und gut: Wenn man beispielsweise eine neue Biotechnologie entwickelt, dominiert auf Seiten der Investoren gemeinhin die Zurückhaltung davor, ein so grosses und unbekanntes Risiko zu finanzieren, und folglich ist es hilfreich, Derivative und andere Instrumente zu erfinden. Doch langfristig kann diese finanzielle Sphäre nur den Wert der realen Wirtschaft widerspiegeln. Das heisst: Wir brauchen nicht mehr Kreativität in der Finanzwirtschaft, sondern in der Physik, der Chemie, der Biologie ... kurz, in der Sphäre der realen Produktivitätsgewinne. Nur so kann die Finanzsphäre versprechen, was die reale Wirtschaft leistet.

Das klingt letztlich nach Common Sense – ist der gesunde Menschenverstand ein geeigneter Ratgeber in komplexen Fragen?
Common Sense ist ein heikler Massstab. Er kann zu gesunden Reaktionen führen, aber auch ins Gegenteil kippen: Man könnte den Common Sense zum Beispiel auch dafür verantwortlich machen, dass es in Deutschland zum Aufstieg der Nazis gekommen ist. Es gibt zahlreiche einfache Experimente, die zeigen, wie einen der gesunde Menschenverstand auf falsche Fährten führt. Würden Sie zum Beispiel glauben, dass man ein Ding mit konstanter Kraft anschieben muss, damit es eine konstante Geschwindigkeit hat?

Wenn Sie so fragen: Nein!
Nun gut, die meisten Menschen glauben das aber – und sie liegen falsch, denn einen Gegenstand muss man nur mit konstanter Kraft schieben, weil es eine konstante Kraft des Widerstands gibt, die Anziehungskraft; gäbe es die nicht, bräuchte konstante Geschwindigkeit null Kraft. Vor solchen unsichtbaren Kräften versagt der Common Sense. Kurz, ich würde keine Politik auf Common Sense abstützen. Wenn wir mit Politik etwas verbessern wollen, müssen wir das Problem an den Wurzeln angehen. Und diese reichen vielmals weit zurück.

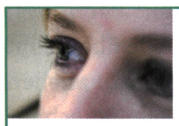
Schulden sind nicht nur das Resultat ausgabefreudiger Politiker, sie sind die Schuld von uns allen.

Damit wären wir wieder beim Grundproblem der falschen Anreize. Wie sind sie in der Domäne der Politik zu setzen, damit Demokratien besser funktionieren, als sie es heute tun?
Wir wissen, dass die Demokratie eine grosse Show ist, gewählt wird der grösste Showman oder die Person, die am besten und am meisten verspricht. Viele seriöse Studien zeigen, dass Politiker aufgrund ihres Äusseren gewählt werden. Das heisst: die Wähler schauen auf das Aussehen, die Kunst des Redens und die Kunst, Versprechungen zu machen – und die Kandidaten bedienen diese Erwartungen. Einmal gewählt, folgen dann allenfalls noch kosmetische Aktionen; zu verlieren haben sie nichts mehr, schlimmstenfalls werden sie nicht wiedergewählt.

Das bedeutet letztlich, dass wir die Politiker haben, die wir verdienen. Und diese haben einen Hang, neue Schulden zu produzieren, weil sie damit dem Ruf der Wähler folgen?
Schulden sind nicht nur das Resultat ausgabefreudiger Politiker, sie sind die Schuld von uns allen. Für die Illusion des endlosen Geldes sind wir letztlich alle selbst verantwortlich. Gleiches gilt für die Gesundheit: Indem wir Ärzte zu Spezialisten für das Wohlergehen unseres eigenen Körpers erküren, schaffen wir eine Kultur der Spezialisierung, die dazu führt, dass die Verantwortung des einzelnen verwässert wird. Aber zurück zur Frage nach der besseren Politik. Stellen wir uns mal ein Design vor, in dem die von den Politikern gemachten Versprechen aufgezeichnet und die Anzahl Sitze im Parlament regelmässig in Frage gestellt werden, wenn die Versprechungen nicht erfüllt werden: Ein solches Modell böte zum Beispiel die Möglichkeit, die Löhne der Politiker von der Einhaltung der Versprechungen abhängig zu machen. Mit solchen Anreizen könnte das wiederbelebt werden, was wir im Englischen «skin in» nennen, persönliche Haftung für die eigenen Taten. In Brüssel und anderswo gibt es heute enorme Exzesse. In Frankreich zum Beispiel muss ein hart arbeitender Mensch 40 Jahre krüppeln, um 1500 Euro Rente zu erhalten, während ein europäischer Parlamentarier mit einem kurzen Einsatz auf das Zehnfache kommt. Auch hier gilt deshalb: Die Anreize sind komplett morsch. Die Parlamente stimmen über ihre eigenen Löhne ab und werden sie sich sicher nicht selber kürzen. Besonders Frankreich und die USA stecken in ihren dysfunktionalen Systemen fest.

Da liegt die Folgerung nahe, dass die Demokratie in der Krise ist. Teilen Sie diese Ansicht?
Für mich gibt es ohnehin nur eine funktionierende Demokratie auf dieser Welt: die Schweiz. Die französische Demokratie ist ein Witz,

Anzeige



Strategie- und Organisationsberatung
Coaching, Leitungsmandate
Qualitätsmanagement
Forschung und Evaluation
Schulung und Lehre

«Alles klar?»

socialdesign ag ist eine inhabergeführte Beratungsfirma. Mit massgeschneiderten Dienstleistungen beraten wir Unternehmen, Politik und Verwaltung sowie Nonprofit-Organisationen in der ganzen Schweiz.

- Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln
- Interne Prozessoptimierung
- Innovationsmanagement

socialdesign
sozial. kompetent.

socialdesign ag · Kornhausplatz 12 · 3011 Bern · T +41 31 310 24 80
www.socialdesign.ch · info@socialdesign.ch

ebenso die amerikanische. Sind das wirklich Demokratien? Die USA sind vielmehr eine Oligarchie, in der man Wahlen mit Geld kauft.

Wie sollen oder können Demokratien denn aus Sicht des Naturwissenschafters funktionieren?

Wir verfügen über grundlegende Erkenntnisse aus Wissenschaft und Anthropologie und wissen, dass sich unser Gehirn evolutionär so entwickelt hat, dass es mit einer Gruppe von 100 bis 150 Menschen kooperieren kann – und an dieser Gruppe orientieren wir uns. Die Politik kann sich nicht von unserer Biologie und unserer neurologischen Veranlagung entkoppeln, wir vertrauen, auch politisch gesehen, jenen Menschen, mit denen wir in Kontakt stehen. Die Schweiz hat dies verstanden: Schweizer sind in erster Linie Bürger ihrer Gemeinde, nicht des Bundesstaats. Sie bezahlen den Grossteil der Steuern an Gemeinde und Kanton.

Ist also der Föderalismus der Kern der Selbstbeschränkung in einer Demokratie und das Geheimnis ihres Erfolgs?

Es gibt zahllose Beweise dafür, dass politische Systeme von unten nach oben gebaut sein sollten. Darum: ja, ich stimme Ihnen zu. Zahllose Länder zeigen aber zurzeit das Gegenteil. Etwa Frankreich: seine Demokratie ist eine Monarchie mit Klientelcharakter! Oder Russland! Viele russische Wissenschafter und Gastprofessoren hier an der ETH beklagen sich darüber, dass in Russland 10 Prozent der Bevölkerung vom System profitieren, während 90 Prozent darunter leiden. Wer Zugang zur Regierung, der Polizei und den Oligarchen hat, ist gutgestellt, und wer sonst etwas von der Verwaltung will oder eine Bewilligung braucht, muss zu Bestechungen greifen.

Das klingt insgesamt wenig erbaulich – und bringt uns zurück zur Anfangsfrage: Wie schätzen Sie die weltpolitische Lage im allgemeinen ein?

Aus einer geopolitischen Warte, mit Blick auf Indien, China oder Russland, sieht man grosse Probleme aufziehen. Wir leben in einer aussergewöhnlichen Welt, und ich würde in keiner anderen leben wollen – aber es ist definitiv keine ruhige Zeit. Wir haben 60 relativ ruhige Jahre erlebt – oder zumindest erscheint es heute, wo wir wissen, dass der Kalte Krieg friedlich ausgegangen ist, so – und erachten es nun als selbstverständlich, in einem Zustand des Friedens zu leben. Doch ist diese Wahrnehmung falsch, es finden zurzeit auf dieser Welt etwa 50 Kriege statt. Und wissen Sie, wie viele einsatzfähige Nuklearsprengköpfe es heute gibt?

Die naheliegende Annahme ist: weniger als während des Kalten Kriegs.

Das täuscht. Damals hingen Tausende von Sprengköpfen wie ein ständiges Damoklesschwert über den Menschen; man war sich der Gefahr dauernd bewusst. Heute befinden sich zwar 10 000 solcher Waffen in Vorbereitung, 2000 sind in den USA und Russland ständig auf hoher Alarmstufe – doch denken die meisten kaum je daran. Wir wähnen uns im Frieden, obschon wir geopolitisch eine nie gesehene Aufrüstung beobachten können: Niemals gab die Welt so viel Geld für Waffen aus, die USA bauen ihre militärische Kraft weiter aus, China rüstet mit grosser Geschwindigkeit auf. Natürlich könnte man sagen, dass diese Ausgaben der Wahrung des Friedens dienen, in Wahrheit aber geht es den Mächten darum, sich Respekt zu verschaffen. Wir befinden uns in einem Zustand ausserordentlicher Spannung.

Wir haben über die Gefahren der Einheitlichkeit gesprochen, über Anreizprobleme und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik und die weltpolitische Sicherheitslage. Vor welchen weiteren grossen Problemen sehen Sie die Menschheit stehen?

Das hängt von der Zeitachse ab: Es gibt kurz-, mittel- und langfristige Probleme. Ein Problem mit mittel- und langfristigen Auswirkungen ist jenes der industriellen und nuklearen Abfälle und Verschmutzungen. Seit den gewaltigen Wachstumsjahren der Nachkriegszeit sind zahllose synthetische Chemikalien erfunden, aber die wenigsten von ihnen rigoros analysiert worden. Wir haben eine Unmenge von Stoffen in Umlauf gebracht, von denen wir nicht wissen, wie sie sich langfristig auswirken, und dazu mit nuklearen Aktivitäten Abfälle erzeugt, die für ewig ausserhalb der botanischen Zyklen gehalten werden müssen.

Wir wähnen uns im Frieden, obschon wir geopolitisch eine nie gesehene Aufrüstung beobachten können.

Wie wäre es, wenn wir diese Abfälle ins Weltall schiessen würden?

Das wäre nur eine Übergangslösung; es wäre weder energetisch noch ökonomisch sinnvoll. Die Kosten, ein Kilo Abfall ins All zu katapultieren, sind höher als der Wert eines Kilos Gold! Zudem weiss man in Expertenkreisen sehr genau, dass eine Rakete mit einer Wahrscheinlichkeit von 5 bis 10 Prozent explodieren oder einen anderen Unfall haben kann. Würde die Rakete Nuklearabfälle transportieren, würde dies zu einem hohen Risiko werden, sollte der Abfall zurück auf die Erde fallen und in der Biosphäre zerstreut werden – genau das, was wir eigentlich hätten vermeiden wollen. Für Nuklearabfälle gibt es drei Zeitachsen – 10 hoch 2, 10 hoch 4 und 10 hoch 6 Jahre –, von denen sich die letzte über Millionen von Jahren erstreckt. Zwar ist die Radioaktivität in dieser Phase geringer, die Abfälle sollten aber trotzdem ausserhalb botanischer Zyklen, also beispielsweise in Salzminen, gelagert werden. Wir nutzen die Technologie allerdings erst seit 50 Jahren und verfügen noch über keinerlei Erfahrungen, auf die wir zurückgreifen können. Es gibt keine Statistiken über längere Zeit.

Wie kann man über solch lange Zeiträume überhaupt Prognosen machen?

Nun, das Problem der Prognosen beginnt schon viel früher, in der Phase 10 hoch 2, also in verhältnismässig kurzen Zeitspannen von 10 bis 100 Jahren. Das Managen von heiklen industriellen Operationen erfordert verantwortliches Handeln, und wir gehen wie selbstverständlich davon aus, dass dies gegeben ist und unsere Gesell-

schaften also stabil sind. Was aber passiert, wenn Situationen instabil werden? Heute verfügen Staaten wie Irak, Bangladesch oder Pakistan über nukleare Konstruktionen. Der Irak beispielsweise besass Al Tuwaitha, eine nukleare Forschungsanlage in der Nähe von Bagdad. Diese wurde 1981 zerstört, später wieder aufgebaut, angefüllt mit nuklearen Substanzen. Die Anlage wurde nach dem Sturz von Saddam Hussein geplündert, mit unabsehbaren Folgen, auch bezüglich einer möglichen Kontamination. Werden solche Länder instabil, kann das in Katastrophen enden. Um also auf Ihre Frage nach den grössten Problemen der Menschheit zurückzukommen: Ich glaube, die Illusion der Stabilität in sehr fragilen Systemen ist eines davon – vielleicht das grösste.

Die Illusion der Stabilität in sehr fragilen Systemen ist vielleicht das grösste Problem.

Heisst Illusion: Stabilität gibt es nie und nirgends?

Die einzige langlebige Struktur ist die katholische Kirche, die seit 2000 Jahren existiert (lacht). Sie ist aber eine Ausnahme, den Normalfall bilden permanente periodische Ausbrüche von Konflikten und sozialen Instabilitäten, die in extremen Fällen in Kriegen enden.

Welche Faktoren beeinflussen diese Ausbrüche oder, anders gefragt, was sorgt in unseren Systemen für (In-)Stabilität und wie ist dagegen anzugehen?

Immer wieder gilt: Man revoltiert, wenn man hungrig ist. Die Französische Revolution brach nach einer Dürrephase und schlechten Ernten aus, dem arabischen Frühling ging eine Verdoppelung der Nahrungspreise voran, und auch der Niedergang der Sowjetunion ist stark von Nahrungsmittelknappheit befördert worden: Als nach den Ölschocks der Ölpreis in den 1980er Jahren zusammengebrochen war, fehlten dem Regime die Mittel, um genügend Nahrung zu importieren. Das hat die Entwicklungen von 1989 beschleunigt. Revolutionen entstehen aus Stress – und für die Sicherheit der Welt ist es deshalb zentral, zu beobachten, wo sich Stress aufbaut, das heisst: wo sich kritische Gebiete befinden, in denen der Zugang zu Nahrung erschwert ist, der Wille zur politischen Machtteilung fehlt, nukleare Kraftwerke stehen... all das müssen wir auf dem Radar haben. Denn sterben werden wir letztlich nicht an der Finanzkrise. ‹

Markus Fäh und Andreas Oertli

Zur Lage...

... der Politikverdrossenheit

Der Verdruss hat in ganz Europa einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Bürger fühlen sich verraten und verkauft. Von Politikern und ihren Parteien, denen sie noch vor kurzem voller Zuversicht vertraut und ihre Stimme gegeben haben.

Verkauft! In Zypern stehen sie vor geschlossenen Banken, weil sie den Beteuerungen der Politiker, dass ihre Ersparnisse sicher seien, geglaubt haben. Lüge! Heute zahlen sie für das Versagen der sogenannten europäischen Elite.

Verraten! Wer im Nachgang zu Fukushima für Parteien gestimmt hat, die die sofortige Energiewende versprachen, nimmt heute zur Kenntnis, dass «die» es doch nicht so eilig damit haben. Wer die Vertreter eines Programms für wirtschaftliche Stimulierung wählte (was auch immer das im Detail heisst...), beobachtet die gleichen Leute heute bei Konzessionen an allerlei partikularistische Begehrlichkeiten. In Italien warteten die Menschen selbst Monate nach der Wahl auf die Schaffung einer handlungsfähigen Regierung.

Die Beispiele sind Legion: Parteipolitiker versprechen, vergessen, wechseln die Meinung. Ihr Hauptinteresse ist es, gewählt zu werden. Zu diesem Zweck streuen sie den Bürgern Sand in die Augen und vermeiden es, schmerzhafte Reformen durchzuziehen. Sie halten sich an angebliche Meinungsumfragen und bekommen bei Medienschelte weiche Knie.

Die Parteien und ihre Wähler stecken in einer destruktiven Symbiose: Die einen sind korrumpiert durch ihre Macht, ihren verengten Denkhorizont und die vermeintlichen Sachzwänge, die anderen gelähmt durch die Bequemlichkeit des einzelnen, das Klammern an die Restprivilegien der verwöhnten Westler. Eine Art Stockholm-Syndrom: Wähler und Politiker halten sich gegenseitig als Geiseln.

Wir glauben schon längst nicht mehr an die heutige Spielform der Demokratie (Stimm- und Wahlbeteiligung!). Wir glauben aber, dass die Mehrheit der anderen daran glaubt. Illusion! Damit lullen wir uns selber ein.

Wachen wir auf. Kündigen wir den in Mutlosigkeit erstarrten diffusen Einheitsparteien unser Vertrauen und nehmen wir die Probleme selber unter die Lupe. Schreiben wir dagegen an. Regen wir uns auf. Sagen wir im Bekanntenkreis, was uns nicht passt. Geben wir der Demokratie einen neuen Sinn. Nehmen wir sie uns zurück aus den Händen der Parteien und ihrer Vertreter.

Markus Fäh ist Psychoanalytiker/Coach.
Andreas Oertli ist Unternehmensberater/Coach.